

# URUGUAY

## Gewerkschaftsmonitor

Januar 2024

**FRIEDRICH  
EBERT**   
**STIFTUNG**

### **POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN**

#### POLITISCHE ENTWICKLUNG

In Lateinamerika gilt Uruguay als Vorzeige- und Ausnahmeland – das Land im Süden zeichnet sich durch die regional höchsten Zustimmungsraten zur Demokratie und die geringste soziale Ungleichheit aus. Die Einhaltung demokratischer Spielregeln und die Unabhängigkeit der Rechtsprechung sind gewährleistet. Von 2005 bis 2020 regierte ein Bündnis aus 30 Parteien und Bewegungen des Mitte-links-Spektrums, das seit 1971 besteht, 15 Jahre in Folge. 2019 verlor die Frente Amplio (FA) die Wahlen knapp, sodass unter der Führung von Luis Lacalle Pou der konservativen Partido Nacional (PN) eine Koalition aus fünf Parteien rechts der Mitte die Macht übernahm.

Seither herrscht ein klar neoliberaler, unternehmerfreundlicher Kurs, der auch in der Corona-Pandemie auf individuelle Verantwortlichkeit statt staatliche Regulierung setzte. Da es kaum Einschränkungen gab, konnten »Kollateralschäden« individualisiert werden. Die Zahl der Todesfälle blieb dennoch vergleichsweise gering, da die Vorgängerregierungen in das öffentliche Gesundheitssystem investiert hatten und die überschaubare Bevölkerung rasch mit chinesischem Impfstoff versorgt wurde. Der neoliberale Kurs zwischen Austerität, Deregulierung und Privatisierung wurde strikt eingehalten. Flaggschiff der neuen Regierungskoalition war ein 501 Artikel umfassendes Paket von Notstandsgesetzen, das von der Einschränkung des Streikrechts und der Versammlungsfreiheit bis hin zur Privatisierung und Einschränkung der Mitbestimmung im Bildungssektor reicht.

Zudem kürzte die Regierung wichtige Budgetposten im Bereich der Sozialtransfers, der Menschenrechte sowie des öffentlichen Universitätswesens und beschleunigte zentrale Reformvorhaben, die nicht über Notstandsgesetze eingebracht werden konnten. Dazu zählt eine Rentenreform, mit der das Renteneintrittsalter von 60 auf 65 Jahre angehoben und die Einzahlung in privatwirtschaftliche Rentenfonds verpflichtend gemacht wurde.

Auch außenpolitisch wurden neue Töne angeschlagen. Am deutlichsten wurde dies durch die Initiative, den Integrationsraum MERCOSUR (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay und seit Dezember 2023 Bolivien) zu »flexibilisieren«, sowie durch die Ankündigung eines bilateralen Freihandelsabkommens mit China. Entgegen einer Tradition der multilateralen Diplomatie suchte Lacalle Pou die Nähe des rechts-extremen brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro und den Konflikt mit dem argentinischen Nachbarn.

Aktuell summieren sich die Skandale und Krisen im Regierungslager: Seit mit dem Ende der Pandemie das Begründungsnarrativ für die wachsende soziale Misere und schwache Wirtschaftsentwicklung entfiel, fallen die Umfragewerte der Regierung deutlich. Maßgeblich hat dazu ein Korruptionsskandal um den Chef der Personenschützer des Präsidenten beigetragen, der uruguayische Pässe an russische Staatsbürger\_innen und Personen aus der organisierten Drogenkriminalität vergeben sowie die illegale Abhörung von Senator\_innen der FA, die sich gegen Reformvorhaben der Regierung aussprachen, veranlasst hat. Während Innen- und Außenminister in dem Untersuchungsprozess zurücktreten mussten, blieb der Präsident unbeschädigt. Das Vertrauen in die demokratischen Institutionen ist jedoch schwer beschädigt.

Zudem wachsen Spannungen innerhalb der Koalition: Juniorpartner »Cabildo Abierto«, eine militaristisch-rechtspopulistische Bewegung unter Führung eines Ex-Generals, die mit einem autoritären Kurs über Recht und Ordnung Protestwähler\_innen mobilisiert, musste die Wohnungsbauministerin und Ehefrau des Parteivorsitzenden wegen eines Korruptionsskandals abberufen.

Die FA hat sich hingegen in ihrer Oppositionsrolle eingefunden, verstärkt den Dialog mit der Basis und die Bündniseinheit im öffentlichen Auftreten – bestehende Konflikte werden intern ausgetragen. Auch programmatisch versteht sie es, sich als Alternative zu positionieren. Da Präsident\_innen in Uruguay nicht unmittelbar wiedergewählt werden können und es an konservativen Lichtfiguren mangelt, stehen die Chancen der FA für die Wahlen Ende 2024 aktuell nicht schlecht.

## WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Die Corona-Pandemie hat laut Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Lateinamerika (CEPAL) die Region wirtschaftlich wie sozial um rund 20 Jahre zurückgeworfen. Auch in Uruguay brach das Wachstum 2020 um sechs Prozent ein, hat sich aber aufgrund der wieder wachsenden chinesischen Nachfrage auf 4,9 Prozent (2022) erholt. Doch die Krisen wechseln sich ab: 2023 wurde das Land von einer anhaltenden Dürre getroffen, welche die landwirtschaftlichen Erträge dezimiert und erneut zu einem Wachstumseinbruch geführt hat (0,7 Prozent). Natürliche Ressourcen wie Boden und Wasser werden nicht ausreichend geschützt, Herausforderungen wie Bodenerosion, die Verunreinigung von Flüssen durch Überdüngung, fehlende Abfallkreisläufe sowie die generellen Auswirkungen des Klimawandels stehen einer noch sehr rudimentären Umweltpolitik gegenüber.

Die Wirtschaft des 3,5 Millionen Einwohner\_innen zählenden Landes ist in hohem Maße vom Außenhandel abhängig. Der Dienstleistungssektor macht 70 Prozent der Wirtschaftskraft aus und konzentriert sich neben Tourismus auf den Finanzsektor. Zudem wächst dank des guten öffentlichen Bildungssystems auch der IT-Sektor. Die Industrie trägt – überwiegend über Automobilproduktion und -zulieferung, Lebensmittelverarbeitung und Chemie – 24 Prozent zum BIP bei, wobei diese Produkte hauptsächlich in die Region (MERCOSUR) exportiert werden. Weltmarktanbindung bietet nur der Rohstoffexport, sprich Rindfleisch, Soja, Zellulose und Reis. Hauptabnehmer ist China, die EU rangiert auf dem zweiten Platz. Obwohl diese Exporte nur sechs Prozent des BIP ausmachen, sind sie als Devisenquelle für den Schuldendienst unerlässlich. Pandemiebedingt wuchs die öffentliche Schuldenlast auf derzeit 61 Prozent des BIP an.

Auffällig ist im Dienstleistungsbereich der hohe Anteil des Finanzsektors: Uruguay gilt als eines der Steuerparadiese der Region. Zwar wurden unter den FA-Regierungen die Finanzflusskontrollen erhöht, dennoch wurden auch unter progressiver Führung Anreizsysteme wie die Schaffung steuerbefreier Wirtschaftszonen gefördert, um ausländische Investitionen ins Land zu holen. Die neue konservative Regierung hob zudem Kontrollen auf und weitete die Anreize weiter aus. So können beispielweise reiche Argentinier\_innen durch den Kauf einer Immobilie ihre Fiskalmeldung nach Uruguay verlagern und so in großem Stil Steuerzahlungen im Heimatland vermeiden.

Die Arbeitslosigkeit in Uruguay beträgt derzeit 8,8 Prozent, die der unter 25-Jährigen liegt mit 25 Prozent jedoch deutlich höher. Zudem liegt der Grad der Unterbeschäftigung bei ca. 18 Prozent, was im uruguayischen Kontext bedeutet, dass von dem erarbeiteten Lohn die Lebenshaltungskosten nicht zu bestreiten sind und eine weitere Beschäftigung unter Überschreitung der gesetzlichen Arbeitszeit gesucht werden muss. Die zunehmend industrialisierte Landwirtschaft generiert dabei nur wenige und prekäre Arbeitsplätze. Lediglich knapp neun Prozent der Beschäftigten sind dort tätig. Gleichzeitig wächst der informelle Sektor sowohl in traditionellen Bereichen wie bei Hausangestellten und Land-

arbeiter\_innen als auch im Bereich der Plattformarbeit und Scheinselbstständigkeit. Hatten die FA-Regierungen mit ihrer Politik der Reformalisierung des Arbeitsmarktes die Quote der informellen Beschäftigung noch auf 14 Prozent drücken können, liegt sie nun wieder bei 20 Prozent. Frauen sind von all diesen Phänomenen – Arbeitslosigkeit, Unter- und prekäre Beschäftigung – überproportional häufig betroffen.

Investitionen und Ressourcen, die einen Umbau der Produktionsmatrix zuließen, bleiben so weitgehend ungenutzt. Unter den FA-Regierungen setzte Uruguay auf den Ausbau erneuerbarer Energien, die heute 98 Prozent des nationalen Energieverbrauchs decken. Gleichzeitig wurde in Internetkompetenz und digitale Infrastruktur investiert sowie mit dem von der UN ausgezeichneten Plan CEIBAL der Zugang zu und Umgang mit dem Internet von Schüler\_innen und Lehrenden verbessert. Diese Investitionen zahlten sich während der Pandemie aus. Eine systematische Förderung, beispielsweise durch den Ausbau und Export von Dienstleistungen im IT- und Finanzsektor sowie die Schaffung höherwertiger Arbeitsplätze, bleibt unter dem derzeitigen extraktivistischen Modell jedoch aus.

## GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Gewerkschafts- und parteipolitisch sticht Uruguay in der Region durch den Fokus auf Einheit hervor: Neben Bolivien ist es das einzige Land, in dem sich die Gewerkschaften in einem Einheitsdachverband organisieren, dem Plenario Inter-sindical de Trabajadores – Convención Nacional de Trabajadores (PIT-CNT). Er umfasst von konservativen über christliche bis hin zu radikalen Verbänden eine beachtliche ideologische Breite und gleicht darin dem Parteienbündnis Frente Amplio, dem der PIT-CNT nahesteht. In den 15 Jahren der FA-Regierungen wurden die neoliberale Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse bekämpft, die Tarifverhandlungen unter sogenannten tripartiten Lohnräten wiederbelebt und die Gehälter erhöht, unter anderem mit dem Ziel, die Binnen-nachfrage zu erhöhen.

Der Regierungs- und Kurswechsel zu einer konservativen Regierung traf die Gewerkschaftsbewegung nach der langen Zeit des relativen sozialen Friedens unvorbereitet und in der Mobilisierung ungeübt. Dies fiel 2020 mit dem Beginn der Corona-Pandemie zusammen, die zu Nachfrageeinbrüchen und Insolvenzen führte und die Arbeitslosigkeit deutlich ansteigen ließ. Von vielen Unternehmen wurden die Krise und die Vereinzelung der Arbeitsplätze im Homeoffice als Vorwand genutzt, um ganze Belegschaften zu entlassen und unter prekären Vertragsbedingungen erneut einzustellen.

Trotz dieser außergewöhnlichen Rahmenbedingungen gelang es der Gewerkschaftsbewegung bald, ihre Mobilisierungsfähigkeit unter Beweis zu stellen. Gemeinsam mit sozialen Bewegungen gründete der PIT-CNT 2021 die Plattform »Intersocial« und rief zur Aussetzung von 135 der 501 Artikel des Notstandsgesetzes der Regierung Lacalle Pou auf. Zwar konnte die für ein Referendum erforderliche Zahl der

Unterschriften trotz der coronabedingten Versammlungsbeschränkungen erreicht werden, im Volksentscheid vom März 2022 wurde eine Mehrheit jedoch knapp verfehlt. Dennoch konnte der Verband seine Mobilisierungsstärke sowie Bündnisfähigkeit mit anderen sozialen Akteuren beweisen und die Kommunikation mit der Mitgliederbasis erheblich verbessern.

## GEWERKSCHAFTEN IN URUGUAY – FAKTEN UND DATEN

### HISTORISCHE ASPEKTE

Die Gewerkschaftsbewegung in Uruguay ist stark durch die Migration des 19. und 20. Jahrhunderts geprägt, insbesondere aus Spanien und Italien, und dadurch mit der europäischen ideologisch sehr verwandt. Bereits 1870 wurde die erste Gewerkschaft in Uruguay gegründet. In dieser Zeit begannen überwiegend britische Investoren, die bis dahin ausschließlich landwirtschaftlich geprägte Wirtschaftsstruktur grundlegend zu verändern. Der Eisenbahnbau, die Industrialisierung der Fleischverarbeitung und die Entwicklung von Kühlketten ermöglichten einen rasanten Exportanstieg Richtung Europa. Die dortigen kriegsbedingten Versorgungsengpässe spülten Kapital nach Uruguay, welches eine Diversifizierung und Industrialisierung der Produktionsmatrix erlaubte. Trotz der Konjunkturerinbrüche in der Weltwirtschaftskrise und dem Zweiten Weltkrieg konnten sich so in Uruguay solide Gewerkschaftsstrukturen entwickeln.

Der heutige Einheitsdachverband PIT-CNT ist ein Ergebnis des Kampfes gegen die Militärdiktatur (1973–1985), auch sein Doppelname ist Zeugnis dieser Zeit: Mit der Machtübernahme der Militärs wurde der seit 1964 bestehende Dachverband Convención Nacional de Trabajadores (CNT) für illegal erklärt. 1982 begannen dann vor allem junge Gewerkschafter\_innen, die Strukturen der Arbeiter\_innenbewegung wiederzubeleben, und gründeten den Plenario Intersindical de Trabajadores (PIT), den die Militärjunta duldete, weil sie sich davon eine Spaltung und somit langfristige Schwächung der Arbeiter\_innenbewegung erhoffte. Der PIT verstand sich selbst hingegen als Übergangsstruktur, die sich auflösen würde, sobald der Dachverband CNT wieder in der Legalität arbeiten könnte. 1984 entschied man sich jedoch, beide Strukturen zusammenzuführen und den Verband in PIT-CNT umzubenennen.

### GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Seit beinahe 40 Jahren besteht mit dem PIT-CNT ein einziger Gewerkschaftsdachverband, der Verbände von konservativer bis radikaler Ausrichtung umfasst. Mitglieder sind Branchengewerkschaften, wobei die stärksten entsprechend der Wirtschaftsstruktur des Landes aus dem Finanzsektor, dem Handel, dem öffentlichen und Bildungssektor sowie dem Baugewerbe stammen. Obwohl der öffentliche Sektor – wie in der gesamten Region – am stärksten ist, steht der private dessen Organisationsgrad wenig nach, da zum einen die Repressionen gering, zum anderen die gewerkschaftlichen Verhandlungserfolge beachtlich sind. Die Industrieverbände (u. a. des Metall- und Textilsektors) sind ob der abnehmenden Industrialisierung schwächer und haben sich jüngst zu einer Konföderation zusammengeschlossen, unter anderem um Positionen, etwa zum noch zu ratifizierenden EU-MERCOSUR-Assoziierungsabkommen, besser abzustimmen.

Im parteipolitischen Spektrum steht der Dachverband PIT-CNT der FA nahe, legt jedoch Wert auf seine parteipolitische Unabhängigkeit. Zudem soll eine große ideologische Bandbreite repräsentiert werden. Die bedeutendsten politischen Strömungen innerhalb des Verbandes sind folgende:

- **Articulación:** Diese Gruppe ist sozialdemokratisch orientiert, stand den Regierungen der FA konstruktiv-kritisch gegenüber und unterstützte deren Reformbemühungen. Obwohl die von der Articulación geführten Einzelgewerkschaften die Mehrheit der Arbeitnehmer\_innen repräsentieren, verfügt die Gruppe im Vorstand des PIT-CNT über keine Mehrheit, bildet aber den stärksten Minderheitenflügel.
- **Kommunisten:** Kommunistisch orientierte Gewerkschaften bzw. Gewerkschaftsvertreter\_innen haben beträchtlichen Einfluss innerhalb der uruguayischen Gewerkschaftsbewegung, inklusive der Gewerkschaftsführung. Innerhalb der kommunistischen Strömungen existieren unterschiedliche Flügel, denen gemeinsam war, dass sie die Reformen der FA-Regierungen kritisch beurteilten.
- **Radikale:** Die Radikalen konzentrieren sich vor allem in den Gewerkschaften des öffentlichen Sektor. Durch die Verankerung in gesellschaftlichen Schlüsselbereichen wie dem Bildungs- und öffentlichen Gesundheitswesen oder der öffentlichen Verwaltung verfügen sie über eine er-

Tabelle 1  
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Uruguay

Dachverband	Vorsitz / Generalsekretariat	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Plenario Intersindical de Trabajadores – Convención Nacional de Trabajadores, PIT-CNT (Einheitsdachverband der Arbeiter_innen Uruguays)	Marcelo Abdala / Elbia Pereira	480 000	Coordinadora de Centrales Sindicales del Cono Sur (Koordinierungsstelle der Gewerkschaftsdachverbände des Cono Sur, CCSCS)

Tabelle 2  
**Die wichtigsten Branchen- bzw. Einzelgewerkschaften in Uruguay**

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / Generalsekretariat	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Asociación de Bancarios del Uruguay, AEBU (Gewerkschaft der Bankangestellten Uruguays)	PIT-CNT	Elbio Monegal / Fernando Gambera	10 800	UNI
Confederación de Organizaciones de Funcionarios del Estado, COFE (Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes)	PIT-CNT	Martin Pereira / José Lorenzo López	28 000	Public Service International (PSI)
Federación Uruguaya de Empleados de Comercio e Industria, FUECYS (Handels- und Industriegewerkschaft)	PIT-CNT	Fabio Riverón / Miguel Eredia	26 000	UNI
Federación Uruguaya de Magisterio y Trabajadores de Educación Primaria, FUM-TEP (Gewerkschaft der Beschäftigten des Grundschulsektors)	PIT-CNT	Elbia Pereira	24 000	Bildungsinternationale (EI)
Sindicato Único Nacional de la Construcción y Anexos, SUNCA (Baugewerkschaft)	PIT-CNT	Daniel Diverio / Ernesto Castro	26 000	Weltgewerkschaftsbund (WGB)
Federación Uruguaya de la Salud, FUS (Gewerkschaft der Beschäftigten des privaten Gesundheitssektors)	PIT-CNT	Soraya Larrosa / Jorge Bermudez	24 500	UNI

hebliche Streikmacht. Sie vertreten die Interessen ihrer Klientel und stehen staatlichen Reformvorhaben im öffentlichen Sektor kritisch bis ablehnend gegenüber. Teilweise setzen sie sich mit ihren Positionen auch über die Ziele des Dachverbands hinweg, was zu Spannungen innerhalb des PIT-CNT führt.

Das Führungsgremium des PIT-CNT, welches die drei politischen Flügel innerhalb des Verbandes repräsentiert, setzt sich aus dem/der Vorsitzenden, dem/r stellvertretenden Vorsitzenden und dem/r Generalsekretär/-in zusammen. Der Vorstand besteht aus insgesamt 15 Repräsentant\_innen aller im PIT-CNT vertretenen Branchen. Entscheidungen werden nach Möglichkeit im Konsens getroffen. Wenn sich kein Konsens erzielen lässt, entscheidet die Mehrheit im Vorstand. Bei zahlreichen Fragen wird die Entscheidung durch einen »Runden Tisch« getroffen, in dem alle Mitglieds-gewerkschaften über ein Stimmrecht verfügen.

Anfang 2022 durchlief der PIT-CNT einen Führungswechsel. Der bisherige Vorsitzende, Fernando Pereira, der dem sozialdemokratischen Flügel Articulación angehört, wechselte nach acht Jahren an der Spitze in den Vorsitz der FA, in dem er als Brückenbauer und Reformler bekannte und mit einem hervorragenden Wahlergebnis ausgestattete Pereira die Führungskrise innerhalb der FA bewältigen will. Im Gewerkschaftsdachverband hinterließ sein Weggang hingegen eine Lücke. Gerade der gewerkschaftliche Nachwuchs sowie der feministische Flügel hatten von Pereira viel Unterstützung bekommen. Der neue Vorsitzende, Marcelo Abdala aus dem kommunistischen Flügel, gibt sich bislang eher radikal und nur begrenzt dialog- und reformoffen.

### ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Das Arbeitsgesetz Uruguays bietet im regionalen Vergleich einen umfassenden Schutz der Arbeitnehmer\_innenrechte. Es bestehen Koalitions- und Versammlungsfreiheit. Uruguay hat 111 Konventionen sowie die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ratifiziert. Es gilt der 8-Stunden-Arbeitstag, eine max. 48-Stunden-Woche und es existieren Überstundenvergütung, Ansprüche auf Urlaub und Urlaubsgeld sowie Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung, die im Alter sowie bei Arbeitsunfällen greift. Zwangs- oder Kinderarbeit bilden die absolute Ausnahme.

Laut Arbeitsgesetz kann eine Gewerkschaft von mindestens 25 Arbeitnehmer\_innen gegründet werden, die dann im Arbeitsministerium registriert werden muss. Die Gewerkschaften finanzieren sich durch Mitgliedsbeiträge, die allerdings sehr niedrig sind. Eine allgemeine Gewerkschaftsabgabe, wie sie in Brasilien existierte und noch heute in Argentinien besteht, wird nicht erhoben. Insbesondere kleine Gewerkschaften sind daher auf Zuwendungen im Rahmen der internationalen Kooperation und der ILO angewiesen.

In Uruguay erfolgt die Lohnverhandlung über sogenannte Lohnräte (Consejos de Salarios). Hierbei handelt es sich um ein atypisches Tarifverhandlungssystem, dessen Ursprung in den 1940er-Jahren liegt, unter der Militärdiktatur (1973–1985) und den nachfolgenden Mitte-rechts-Regierungen bis zu seiner Wiederbelebung 2005 jedoch keine Anwendung fand. In den tripartiten Lohnräten sind Staat, Unternehmensverbände und Gewerkschaften vertreten. Kommt es zu

keiner Einigung, gibt die Stimme der Regierung den Ausschlag, die auch zu den Tarifverhandlungen einlädt. Die *Consejos de Salarios* wurden auch auf Branchen ausgeweitet, die zuvor nicht reguliert waren, wodurch sich der gewerkschaftliche Organisationsgrad nachhaltig verbessert hat. Die Formalisierung und Einbeziehung in die Tarifbindung gelangen so beispielsweise für rund 95 000 Hausangestellte, ca. 250 000 Selbstständige und 90 000 Landarbeiter\_innen. Die Wiedereinführung und institutionelle Stärkung der Lohnräte stellt daher aus gewerkschaftlicher Sicht eine zentrale Errungenschaft der FA-Regierungen dar. Heute sind 95 Prozent der formal Beschäftigten über Kollektivverträge abgedeckt.

Während konservative Regierungen in Lateinamerika seit 2017 und verstärkt im Windschatten der Corona-Pandemie Arbeitsmarktreformen durchgesetzt haben, die teils enorme Rückschritte darstellen, blieb diese Entwicklung in Uruguay bislang aus. Die Regierung Lacalle Pou betreibt stattdessen eine graduelle Politik neoliberaler Reformen. So musste während der Pandemie zwar kein Geschäft schließen, Demonstrationen und Streiks wurden jedoch wegen Ansteckungsrisiko untersagt. Mit dem gleichen Argument setzte die Regierung 2020 Tarifverhandlungen aus und beschloss 2021 mit dem Hinweis auf den wirtschaftlichen Einbruch branchenunabhängig eine Lohnanpassung weit unterhalb der Inflationsrate. Generell versucht die Regierung, die Allgemeinverbindlichkeit der Kollektivverträge zu relativieren und die Lohnräte zu schwächen. Damit stärkt sie die Position der Arbeitgeber\_innen, die seit 2017 über ein anhängiges Verfahren im Normenkontrollausschuss der ILO das Kollektivverhandlungsgesetz infrage stellen.

Die Stoßrichtung der Reformen ist deutlich: Neben den erwähnten Notstandsgesetzen, die unter anderem die Beschränkung des Streikrechts, die Erhöhung des Renteneintrittsalters und die Stärkung privater Rentenfonds einschließen, reduzieren Budgetkürzungen das Personal, das die Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen etwa im Arbeitsschutz kontrolliert. Um an den Tarifverhandlungen der Lohnräte teilnehmen zu können, wurde eine zusätzliche Hürde der juristischen Zulassung eingeführt. Diese Maßnahmen gehen mit einem öffentlichen Diskurs einher, der darauf abzielt, die Gewerkschaftsbewegung und ihre Führungspersonen zu diskreditieren. Dennoch genießen die Gewerkschaften in der öffentlichen Meinung weiterhin ein für die Region ungewöhnlich hohes Ansehen: Laut Umfragen sprechen 40 Prozent der Befragten den Gewerkschaften ihr Vertrauen aus.

### GEWERKSCHAFTEN UND IHRE KERNAUFGABEN

Die Gewerkschaftsbewegung Uruguays ist eine der stärksten in der Region, der Organisationsgrad einer der höchsten. Unter den FA-Regierungen stieg er von zwölf (2005) auf 40 Prozent (2019). Die Branchengewerkschaften verhandeln in den jeweiligen Tarifverhandlungen naturgemäß Lohnanpassungen sowie Arbeitsbedingungen. Dabei zeigen gerade die starken Verbände eine beachtliche Innovationskraft: Schon vor Jahren erreichte beispielsweise die Gewerkschaft der

Bankangestellten AEBU, dass Banken für jeden neu eröffneten Geldautomaten den Gegenwert der Sozialbeiträge dreier Angestellter in die Sozialversicherung einzahlen müssen.

Obwohl Arbeitgeber\_innen und neoliberale Regierung versuchen, die Tarifbindung zu lockern, ist die dringendere Herausforderung der durch die Pandemie beschleunigte Anstieg informeller und prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Zwar litt Uruguay schon immer weitaus weniger unter dem lateinamerikanischen Strukturproblem der informellen Beschäftigung, doch gerade in der ersten FA-Regierung (2005–2010) wurden große Anstrengungen zur Reformalisierung des Arbeitsmarktes unternommen. Beispielhaft sind Aktionen wie Theaterstücke in Bussen, die morgens Hausangestellte in die reichen Viertel brachten, in denen zu Rechten und Vorteilen der formellen Beschäftigung aufgeklärt wurde, oder Sticker an den Haustüren mit der Aufschrift »Ich melde meine Hausangestellte der Sozialversicherung«, um den Druck auf die arbeitgebenden Haushalte zu erhöhen.

Diese Errungenschaften sind gegenwärtig jedoch bedroht. Neben den traditionell schwachen Sektoren der Landarbeiter\_innen und Hausangestellten kommt nun die Beschäftigung in der schnell wachsenden Plattformökonomie hinzu, von der besonders junge Menschen und Migrant\_innen betroffen sind. Dabei handelt es sich nicht nur um Beschäftigung mit geringen Qualifikationsanforderungen. So haben sich beispielsweise im Finanzsektor Plattformen zur Anlageberatung und Kreditvergabe als unabhängige Tochterunternehmen der Mutterbanken gegründet, in denen deren Arbeitsbedingungen, Beschäftigungsverhältnisse und Tarifabschlüsse nicht gelten.

### GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Gerade im Vergleich zu anderen Ländern Lateinamerikas weist Uruguay eine konsolidierte und politisch handlungsfähige Gewerkschaftsstruktur auf, insbesondere durch den hohen Organisationsgrad und das Ansehen in der Bevölkerung. Der Zugang zur Regierung – auch zur aktuellen konservativen – ist besser als in anderen Ländern der Region.

Während der Widerstand gegen die neoliberale Regierungspolitik die unterschiedlichen Flügel des PIT-CNT eher eint, laufen bereits Verhandlungen zu Positionierungen im Falle eines Wahlsiegs der Frente Amplio 2024. Ohne die Einheit hierbei grundlegend aufs Spiel zu setzen, untergraben klientelistische und korporatistische Einzelgewerkschaften (z. B. im öffentlichen Sektor) immer wieder die auf eine konstruktive, gesellschaftspolitische Rolle abzielende Strategie der PIT-CNT-Führung. So verhindern radikale Gewerkschafter\_innen weiterhin, dass sich der PIT-CNT insgesamt deutlicher von den autokratischen, undemokratischen Regierungen ehemals linker Prägung Lateinamerikas, namentlich Venezuela und Nicaragua, distanziert. Dies schädigt das öffentliche Ansehen der Gewerkschaftsbewegung insgesamt. In jüngster Zeit hat der Schulterchluss zwischen der *Articulación* und dem kommunistischen Flügel die moderaten Gewerkschaftsströmungen innerhalb des PIT-CNT jedoch stärken können.

Aufgrund der historischen ideologischen Spaltungen innerhalb der internationalen Gewerkschaftsstruktur, deren Lager innerhalb des Dachverbands weiterhin fortbestehen und Entscheidungen blockieren, ist auch die regionale und internationale Vernetzungsarbeit des PIT-CNT denkbar kompliziert. Während die Branchengewerkschaften mehrheitlich Mitglied der entsprechenden Global Union Federation sind, ist der PIT-CNT weder Mitglied des Gewerkschaftsbunds der Amerikas (CSA/TUCA) noch des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB). Auf beiden Ebenen – regional und international – bestehen jedoch de facto sehr gute Arbeitsbeziehungen.

Soziopolitisch widmet sich der Dachverband den übergreifenden Themen wie jüngst der Rentenreform oder dem Kampf gegen Privatisierungsinitiativen der Regierung. Dabei bedarf es aufgrund der politischen Brandbreite unter den Mitgliedern viel politischer Verhandlungsarbeit nach innen und einer guten Kommunikationsarbeit nach außen. Verhandlungsgeschick wird dem Dachverband auch in der Aufgabe der gesellschaftspolitischen Allianzpolitik abverlangt.

Auf nationaler Ebene geht die Gewerkschaftsbewegung vor allem Allianzen mit den Kooperativen, Studierendenvereinigungen, dem Verband der Rentner\_innen sowie dem uruguayischen Mieter\_innenbund ein. Dagegen sind die Beziehungen zwischen dem PIT-CNT und den starken feministischen Bewegungen angespannt: Auf deren Druck hat sich der Anteil der Frauen in der Generalversammlung in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich von knapp 20 Prozent (1993) auf knapp 40 Prozent (2018) verdoppelt. Fünf von 15 Vorstandsmitgliedern sind jetzt Frauen und 2022 wurde erstmals eine Frau zur Generalsekretärin des Verbands gewählt. Von Parität ist man aber weiterhin weit entfernt. Und ebenso wie in der überwiegend männlichen Führungsriege der FA fehlt es im PIT-CNT oftmals am Dialog auf Augenhöhe. So wurde der Aufruf des Dachverbands zum Generalstreik am Weltfrauentag 2022 von den Feminist\_innen als Übergriff statt Solidarisierung wahrgenommen. Da die feministischen Bewegungen in der Tat ein höheres Mobilisierungspotenzial besitzen als die Gewerkschaften wiesen sie derartige »Hilfestellungen« zu Recht zurück.

Während die Interessen von Arbeitnehmer\_innen in prekären Beschäftigungsverhältnissen wie Leiharbeiter\_innen von den Verbänden seit Langem vertreten werden, bleibt die gewerkschaftliche Organisation der Plattformökonomie weiterhin eine Herausforderung. Im Bereich Transport (Uber) und Lieferservices (PedidosYa) haben sich in Uruguay Gewerkschaften der Plattformbeschäftigten gegründet. Da die Belegschaften jedoch zum Großteil aus sehr jungen Menschen und Migrant\_innen bestehen und einer hohen Rotation unterliegen, sind stabile Strukturen nur sehr schwer aufzubauen. Die Unterstützung dieser Verbände sowie der traditionell schwach organisierten Sektoren (wie Landarbeiter\_innen und Hausangestellte) ist für die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung ebenso zentral wie ihre Öffnung für die Partizipation von Frauen und jungen Menschen. Neue Formen gewerkschaftlicher Organisation und deutliche institutionelle Reformen in Richtung Geschlechter- und Generationenge-

chtigkeit sind erforderlich, um die Repräsentativität der Gewerkschaftsbewegung als Vertretungsinstanz der Interessen aller Arbeitnehmer\_innen zu gewährleisten. Dies ist vor allem auch angesichts der Herausforderungen notwendig, die mit der Digitalisierung, zukünftigen Arbeitsmodellen sowie dem Klimawandel und der sozial-ökologischen Transformation einhergehen.

**Dörte Wollrad**, Leiterin des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Uruguay und des regionalen Gewerkschaftsprojekts in Lateinamerika und der Karibik

### KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Lateinamerika und Karibik | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:

Fabian Lischkowitz, Referent für Brasilien, Uruguay, Gewerkschaften und Handel  
[fabian.lischkowitz@fes.de](mailto:fabian.lischkowitz@fes.de)

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.